

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christine Ostrowski und der Fraktion der PDS

Wohnungsbesitz der öffentlichen Hand und Veräußerung

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Wohnungen waren zu Beginn der 13. Wahlperiode im Besitz der öffentlichen Hand, darunter
 - a) des Bundes,
 - b) der Bundesländer,
 - c) der Kommunen?
2. Wie viele Wohnungen aus dem Besitz
 - a) des Bundes,
 - b) der Bundesländer,
 - c) der Kommunenwurden seither veräußert, und welche Erlöse wurden dabei jeweils erzielt?
3. Wie hoch beziffert sich der durchschnittliche Verkaufserlös pro Wohnung, bezogen auf den Verkauf
 - a) durch den Bund,
 - b) durch die Bundesländer,
 - c) durch die Kommunen?
4. Bei wie vielen weiteren Wohnungen aus dem Besitz der öffentlichen Hand, darunter
 - a) des Bundes,
 - b) der Bundesländer,
 - c) der Kommunensteht der Verkauf beispielsweise wegen abgeschlossener Verkaufsverhandlungen bzw. gefaßter Beschlüsse in naher Zukunft bevor?
5. Was sind die vorrangigen Gründe für den Verkauf der Wohnungen durch die öffentliche Hand?
6. Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung zur Auffassung des Deutschen Mieterbundes, daß die Verkaufserlöse die Haushaltssituation der öffentlichen Hand nur kurzfristig mildern?

7. Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, beim Verkauf bundeseigener Wohnungen die in der Koalitionsvereinbarung angekündigten sozialverträglichen Wege zu gewährleisten?
8. Welche Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung dagegen, den Verkauf öffentlicher Wohnungen zu stoppen?

Bonn, den 13. November 1998

Christine Ostrowski
Dr. Gregor Gysi und Fraktion